

Her mit dem schönen Leben!



So sieht er aus, der bunte Protest für soziokulturelle Freiräume in Duisburg. (Foto: rat)

In Duisburg fehlt es an soziokulturellen Freiräumen – und das nicht erst seit gestern. Jahrelang schon gehen Duisburgs Bürger*innen auf die Straßen und fordern „Mehr Recht auf Freiraum!“ und „Mehr Recht auf Stadt!“. Besonders die Nachttanzdemos haben hier Tradition. Auch am Faschingssamstag versammelten sich hunderte Menschen in der Duisburger Innenstadt, um ihrem Unmut Gehör zu verschaffen.

Sie sind gekommen, um zu protestieren, um etwas zu verändern und um zu tanzen. Dafür haben sie sich verkleidet, bemalt und halten bunte Schilder in die Höhe. „Unkommerzielle Nutzung statt stetiger Verfall“ oder „Gleiches Recht für alle Menschen“ steht darauf geschrieben. Es sind vorwiegend junge Menschen, aber auch vereinzelt ältere Duisburger*innen, die sich am Faschingssamstag vor dem Hauptbahnhof der Stadt versammelt haben. Trotz des kalten, windigen Wetters sind geschätzte 250 Demonstrant*innen zur Fastnachtstanzdemo erschienen. Aufgerufen zum Protest-Karneval hatten die beiden Initiativen Du it yourself! und Be neighbours. Der Appell der Engagierten ist klar: „Wir fordern soziokulturelle Freiräume in Duisburg, die unkommerziell und unabhängig sind von der Stadt. Wo Menschen einfach Dinge ausprobieren können, ihre eigenen Träume verwirklichen können, ohne Konsumzwang“, sagt Organisator Christian Wagemann.

Streitpunkt Alte Feuerwache

Aktueller Streitpunkt ist die Alte Feuerwache in Duisburg-Hochfeld, die ursprünglich ein soziokulturelles Zentrum werden sollte, nun aber, auf Grund von Versäumnissen der Stadt, endgültig aus den Händen der Bürger*innen genommen werden könnte (akduell berichtete). „Wir sind heute auch hier, weil in Duisburg immer wieder Gelder verschwendet werden“, ergänzt eine Demonstrantin*

in Bezug auf das Streitthema Alte Feuerwache, die auch das Ziel des Protestzuges an diesem Abend ist. Ganze 2,1 Millionen Euro muss die Stadt Duisburg an EU und Land zurückzahlen, weil sie sich nicht an die Auflagen der Fördersumme gehalten hatte. Von dem Geld war die Feuerwache 2005 grundsanitiert worden und sollte dafür an einen gemeinnützigen Verein gehen. Stattdessen machten private Betreiber Gewinne. „Wir wollen, dass die Stadt das umsetzt, was im Kultur-Entwicklungsplan steht, nämlich, dass die Stadt ein soziokulturelles Zentrum durch Bereitstellung leerstehender Räumlichkeiten und durch finanzielle Unterstützung fördern will“, ergänzt Wagemann.

Protest gegen kulturelle Armut

Mit der Demonstration wollen sich die Beteiligten aber auch für einen erweiterten Kulturbegriff und ein gesellschaftliches Umdenken stark machen: „Wir demonstrieren gegen die kulturelle Armut, die in Duisburg herrscht. Wir demonstrieren für eine größere Vielfalt im kulturellen, aber auch im sozialen Bereich“, appelliert eine der Organisator*innen zur Auftakt-Kundgebung. Die Förderung kultureller Institutionen sei in der NRW-Landesverfassung verankert. Dabei werde aber hauptsächlich Hochkultur, und weniger Nischen- und Soziokultur gefördert, so die Kritik. „Duisburg ist eine sehr stark von Armut bedrohte und bestimmte Stadt. Aber das hat nicht zu bedeuten, dass den Menschen, die hier leben, keine Kultur zustünde“, so eine Organisatorin*. Die Forderung ist klar: Jede*r hat ein Anrecht auf Kultur. Und zwar solche, die erschwinglich ist. Auch für Arbeitslose oder Geringverdiener*innen, Kultur die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und von ihnen selbst geschaffen und mitbestimmt wird. Kultur für alle von unten.

Derzeit erarbeitet ein Initiativkreis gemeinsam mit Vertreter*innen der „Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren Nordrhein-Westfalen“ ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept, um

Parteien im Portrait



Am 14. Mai sind Landtagswahlen in NRW. Wir schauen uns das Programm der Parteien an. Es beginnen: Die Grünen. **Seiten 4/5**

Wer zahlt das jetzt?



Die Fortführung der Kooperation mit Nextbike ist beschlossene Sache. Zur Finanzierung gibt es aber noch offene Fragen. **Seite 6**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

ein soziokulturelles Zentrum in Duisburg umzusetzen. Christian Wagemann gibt sich hoffnungsvoll: „Wir sind zuversichtlich, dass die SPD interessiert ist, uns zu unterstützen und uns willkommen heißt die Lösung für ihre Aufgaben bereitzustellen.“ Dieselbe Hoffnung hat auch UDE-Student Max, der an der Demonstration teilnimmt: „Ich hoffe, dass die Stadt Duisburg ihren Kurs langsam mal ändert, weg von der Ignoranz und dem großen Reden schwingen und mal was Inhaltliches passiert.“

Was ein solcher Protest alles bewirken kann, darauf verweist einer der Organisator*innen bei der Kundgebung vor dem Rathaus. Der Bauwagenplatz in Duisburg-Homburg, dessen Pachtvertrag bereits Ende 2014 von der Stadt aufgekündigt worden war (akduell berichtete), steht, nach monatelangem Aufbäumen, noch immer. „Hier hat sich der Protest ausgezahlt“, so ein Organisator, „derzeit sind konkrete Gespräche geplant, um den Bewohnern zumindest ein Ersatzgelände zu ermöglichen.“ Dieser Teilerfolg der tanzwütigen Demonstrationskultur und das ungebrochene Engagement der Duisburger*innen stimmen zumindest hoffnungsvoll, dass auch die Alte Feuerwache bald zu einem Ort für kulturelle Vielfalt und Selbstbestimmung werden wird. [rat]

Immer wieder gegen die Wand

Kommentar

Nimm die Pussy vom Kopf

Von Lea Sleiman

Mit dem Women's March am 21. Januar hat sich der rosafarbene „Pussyhat“ als Symbol des neuen Feminismus etabliert. Die Gegenbewegung zum Trumpismus in den USA ist aus der Idee von Frauenrechten entstanden, die der neue US-Präsident in Äußerungen regelmäßig negiert hatte. Jedoch müssen solche Symboliken und ihre impliziten Bedeutungen hinterfragt werden, bevor sie als glorreiches Protestzeichen im kalten, trumpischen Wind die Köpfe von Millionen zieren.

„Pussy“, umgangssprachlich für Katze oder die weibliche Vagina, als Substrat für Weiblichkeit zu benutzen, ist unter verschiedensten Aspekten mehr als fragwürdig. Die Katze als „das Weibliche“ konstruiert somit auch eine Essenz vom Weiblichen, die ebenso mit der Wahl der Farbe Rosa oder Pink ihren Ausdruck findet. Jungen Mädchen werden diese Farben sowie Eleganz und Feminisierung regelmäßig von allen Seiten verordnet. Ein Symbol zu wählen, das genau diese Klischees unterstützt, hilft letztlich niemandem, sich aus der eigenen Genderrolle zu befreien, die auch Trump maßgeblich postuliert. Zuletzt etwa mit der Forderung, weibliches* Personal im weißen Haus solle sich „weiblich“ anziehen. Vielleicht hätte er dem Personal gleich nahelegen sollen, eine pinke Pussymütze aufzusetzen.

Trump nutzt die Kategorie der Frau*, um über Personengruppen zu sprechen – und genau darauf reagiert die Protestbewegung. Außerdem: Nicht alle weiblichen* Personen haben eine Vagina. All jene, die eben keine haben, fallen aus dem Protest heraus – man denke hierbei etwa an Trans*personen. Und andersrum definiert sich nicht jeder Mensch mit Vagina als Frau. Außerdem bleibt anzumerken, dass nicht jeder Mensch eine hellrosa Vagina hat, wie die von vielen „weißen“ Menschen vielleicht.

Es ist ein netter Versuch, eine Bindepusy zwischen den Menschen zu finden. Das einheitliche Symbol kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Trans*frau andere politische Ziele verfolgt als die First Lady, auch wenn sich beide als „weiblich“ definieren. Und eine Frau aus der Arbeiterklasse will auch mit pinker Mütze wahrscheinlich keine Neoliberalisierung der Bildung. Es ist die brüchige Einheit, die damit entsteht, die so lange dauern kann, bis Trump wirklich abgewählt ist. Was danach politisch folgt wird ernüchternder Interessenkampf, solange es verschiedene Klassenlagen, Rassismen, Diskriminierung und Privilegierung gibt. Trotz Pussyhat.



Trotz Tausenden auf den Straßen: Bund und Land NRW bleiben beim Abschiebekurs nach Afghanistan. (Foto: mac)

Selten ist ein Anliegen bei der Bundesregierung und dem NRW-Innenministerium auf solch taube Ohren gestoßen wie das Thema Abschiebungen nach Afghanistan. Da können noch so viele tausende betroffene Menschen und Unterstützende seit Oktober 2016 demonstrieren, Petitionen unterzeichnen und Postkarten an den Innenminister schreiben, noch so viele Bundesländer protestieren und Medien kritisch berichten – sie laufen alle vor Wände. Im Superwahljahr 2016 werden Terroropfer von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) kurzerhand indirekt zu Kollateralschäden erklärt und auch Ralf Jäger (SPD) bleibt in NRW unverfroren beim Abschiebekurs ins Kriegsgebiet.

Am 23. Februar hob frühmorgens in München wieder ein Flieger ab. Das Ziel: Kabul, Hauptstadt Afghanistans. Die 18 Reisenden wurden jedoch auf die Plätze gezwungen. Sie zählen zu den bislang 77 nach Afghanistan abgeschobenen Menschen. Es ist das dritte Mal, dass hunderte Menschen an einem Flughafengate gegen diese Praxis demonstrieren – und doch nichts ausrichten können. Denn Abschiebungen nach Afghanistan, das ist Chefsache. Und der Chef, Thomas de Maizière, rechtfertigte die Abschiebungen in der vergangenen Woche mit noch härteren Worten als zuvor.

„Opfer, aber nicht Ziel der Taliban“

Die Berichte des UNHCR (das Hochkommissariat für Refugees der UN), die davon sprechen, dass ganz Afghanistan von bewaffneten Konflikten betroffen ist, verleugnet der Innenminister im Interview mit der ARD. Um dann wie folgt nachzusetzen: Die „normale Bevölkerung“ sei zwar Opfer, aber nicht Ziel der Taliban. Und: „Das ist ein großer Unterschied.“ Das Zitat ging durch die sozialen Medien – viele Tausende empörten sich über das Geschlängel um den Begriff Kollateralschaden und einen vermeintlichen Unterschied, der, wenn es um Leben und Tod geht, faktisch keiner ist.

Bei so einer Haltung überrascht es auch nicht, dass der Innenminister weiter den Norden und die Hauptstadt Afghanistans als sicher verklärt. Obwohl erst kürzlich ein im Januar 2017 aus Deutschland abgeschobener 24-Jähriger Afghane ein paar Tage später bei einem Anschlag in Kabul verletzt worden war. Es scheint, als könnten keine Fakten,

keine Zahlen wie über 11.000 zivile Opfer alleine im Jahr 2016 (UN), die Bundesregierung davon überzeugen, eine Einschätzung zu Afghanistan herauszugeben, die lauten könnte: Nicht sicher. Diese wäre aber entscheidend, denn die Länder, die für die bundesweiten Abschiebungen die Menschen melden, halten sich in der Regel an die Empfehlung der Bundesregierung.

Nicht mit Schleswig-Holstein

Aber nicht alle. Seit dem UN-Bericht zweifeln selbst Bundesländer an der Sicherheitseinschätzung des Bundes, obwohl sie weiter abschieben. Einzig Schleswig-Holstein verkündete als letztes Mittel Mitte Februar sogar einen Abschiebestopp nach Afghanistan. Dieser kann einmalig für drei Monate ausgesprochen werden – danach muss die Verlängerung vom Bund genehmigt werden. Angesichts der derzeitigen Äußerungen ein unwahrscheinliches Szenario. Wenn andere Länder dem Beispiel folgten, könnte das aber eine klare Ablehnung signalisieren, die auch eine Bundesregierung im Wahljahr wohl kaum ignorieren könnte. Trotz der klaren repressiven Kante, die man derzeit für Wähler*innen zeigen möchte, die sonst ihr Kreuz bei der AfD machen könnten.

Doch eine solche Kooperation zwischen den Ländern ist mehr als unwahrscheinlich. Selbst das rot-rot-grün regierte Berlin will keinen Abschiebestopp, um „die Möglichkeit zur Abschiebung von Straftätern zu wahren“, so die Berliner Innenverwaltung gegenüber dem RBB. Auch NRW geht bei dieser Einschätzung mit, man wolle nach Einzelfallprüfung „Straftäter und Gefährder sowie junge Männer abschieben, die nicht integriert und noch nicht lange in Deutschland seien“, so Innenminister Ralf Jäger (SPD) gegenüber dem WDR. Wann man bereits Straftäter*in oder Gefährder*in ist und wann integriert, bleibt jedoch offen.

Somit können sich die meisten der von Abschiebung bedrohten Menschen zwar darüber freuen, dass sich Zehntausende für sie einsetzen. Am bundesweiten Aktionstag gegen Abschiebungen nach Afghanistan am 11. Februar zogen etwa alleine in Düsseldorf über 1.200 Menschen mit dem Flüchtlingsrat und dem Bündnis Afghanischer Aufschrei zum Landtag. Der Appell der Betroffenen „Liebe Bundesregierung, hören sie auf uns – es gibt kein sicheres Gebiet in Afghanistan!“ wurde dadurch aber trotzdem nicht gehört. [mac]

Extrem rechts in die Bundestagswahl

Richtungswesend war die Landeswahlversammlung der AfD-NRW in der Essener Messe am Samstag, 25. Februar 2017. Die Wahl zum Spitzenkandidaten der Bundestagswahl fiel zwischen dem rechts-konservativen Kay Gottschalk und dem extrem rechten Martin Renner, die jeweils repräsentativ für die Flügelkämpfe in der AfD stehen. Der krisengeschüttelte Landesverband sah sich dabei erneut mit Protesten von etwa 500 Menschen konfrontiert. Das Bündnis Essen stellt sich quer hatte zu einer Kundgebung vor den Toren der Messe mit anschließender Demonstration durch die Innenstadt aufgerufen.

Das Congress Center Essen ist seit einigen Jahren ein beliebter Ort für die Austragung verschiedener Parteitage. Im Juli 2015 musste sich dort Bernd Lucke, Gründer und ehemaliger Parteivorsitzender der AfD, der heutigen Bundesvorsitzenden Frauke Petry geschlagen geben. Damit habe die ohnehin schon rechts-konservative Partei einen innerparteilichen und absehbaren Rechtsruck vollzogen, der bis heute auch „das öffentliche Meinungsbild immer weiter nach rechts verschoben hat“, analysiert das linke Bündnis Essen stellt sich quer am vergangenen Samstag.

Nicht verhandelbare Rechte

Laut dem Bündnis sei die Partei zunächst lediglich „eurokritisch“ gewesen, die Angriffe auf die vielfältigen Lebensentwürfe von Menschen seien mit dem Rechtsruck jedoch erheblich angestiegen. Wichtig für den heutigen Erfolg sei zu Beginn der Fokus auf nationale Währungen und die Auflösung der Europäischen Union gewesen. Mit dem Abgang von Bernd Lucke jedoch habe sich das Profil der Partei deutlicher gen extreme Rechte verschoben. Ein Ende dieser Entwicklung sei derzeit nicht abzusehen.

Viel wichtiger sei es jetzt jedoch, die Rechte der Menschen zu verteidigen. So machte ein Redner auf dem Lautsprecher-Wagen in der Essener Innenstadt deutlich, dass „Menschen, die vor Krieg, Hunger und Elend nach Deutschland fliehen, ein nicht verhandelbares Recht darauf haben, hier Zuflucht zu suchen.“ Auch die derzeit sinkenden Umfragewerte der AfD waren ein Thema. Zwar sei man erleichtert, dass diese unter zehn Prozent lägen, aber „eine Wahlprognose alleine erzielt noch keinen gesellschaftlichen Wandel“, heißt es weiter.

Völkisch-nationalistischer Spitzenkandidat

Während draußen diverse zivilgesellschaftliche Organisationen gegen die AfD demonstrierten, hielt der frisch gewählte Spitzenkandidat für die Bundestagswahl in NRW, Martin Renner, seine Antrittsrede. Nicht nur im Rahmen seiner Ausführungen machte der zweite Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen deutlich, wie nah er dem völkisch-nationalistischen Flügel der AfD steht. Wie *RP Online* berichtet, gab Renner als Ziel an,



„Aufstehen gegen Rassismus“ forderten rund 500 Demonstrant*innen am Samstagmittag. (Foto: rod)

„den Schuld kult und die Political Correctness stoppen“ zu wollen. Zuwanderung benannte er als eine „humanistisch getarnte Selbstzerstörung der deutschen Kultur und Nationalität“.

Ebenfalls gab er zu Protokoll auf einer Linie mit dem Vorsitzenden der AfD in Thüringen, Björn Höcke, zu stehen. Für seine Worte erntete Renner tosenden Beifall durch die Delegierten. Höcke hatte zuletzt in Dresden das Holocaust-Denkmal in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet. Eine Niederlage stellt die Wahl Renners vor allem für den Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der Landtagswahl in NRW, Marcus Pretzell, dar. Der hatte nur vier Wochen zuvor versucht, Renner als Landesvorsitzenden aus dem Amt wählen zu lassen (aktuell berichtete). Am vergangenen Wochenende scheiterte er zudem mit seinem Kandidaten Kay Gottschalk, der eigentlich zur Hamburger AfD zählt.

Im bundesweiten Machtkampf ist das ebenfalls ein Rückschlag für Pretzell und die Bundesvorsitzende Frauke Petry, die zuletzt ein Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke mit acht Stimmen aus dem Bundesvorstand initiiert hatten. Eine Entscheidung vom Schiedsgericht dazu steht noch aus. Dabei scheint zumindest Marcus Pretzell seine missliche Lage begriffen zu haben, der beinahe ein Friedensangebot in der Tasche hatte. So berichtet der *WDR* darüber, dass eine Resolution veröffentlicht werden solle, die er gemeinsam mit dem Vize-Vorsitzenden Alexander Gauland und dem AfD-Vorsitzenden in Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, entwickelt habe. Dabei sei man sich darin übereingekommen, sich wieder den „externen politischen Gegnern“ zuzuwenden.

Strategische Wende?

Das hinterlässt den Eindruck, dass es sich dabei vor allem um eine taktische Maßnahme für das sogenannte Super-Wahljahr 2017 handeln könnte.

Die derzeitigen Wahlprognosen sprechen dafür, dass eine Mischung aus der medialen Präsenz von Martin Schulz als Bundeskanzlerkandidat der Sozialdemokrat*innen und den Machtkämpfen in der AfD die Partei erstmals seit der „Herbstoffensive“ Ende 2015 wieder unter die zehn Prozent Marke geführt haben. Erst vor einem Monat hatte Pretzell noch zu Protokoll gegeben, dass ein Wahlkampf mit Martin Renner nicht möglich wäre.

Das „Friedensangebot“ mit Verweis auf die zuständigen Schiedsgerichte könnte zunächst den alten Burgfrieden zwischen den so verhärteten Fronten wiederherstellen, wenn auch inhaltliche Differenzen bezüglich der Koalitionsfähigkeit der Partei innerhalb der AfD immer offener zur Schau getragen werden. Einen Seitenhieb gegen Martin Renner konnte sich auch Marcus Pretzell am Samstag nicht verkneifen, als er die Wahl seines Co-Landesvorsitzenden mit den Worten „knapp daneben ist auch vorbei“ kommentierte. [rod]



Der AfD-Parteitag war der Anlass, für einige Teilnehmer*innen ging es jedoch um mehr als das. (Foto: rod)

Zwischen Prinzipien und Regierungsverantwortung



Spitzenkandidatin der Grünen für NRW: Sylvia Löhrmann. (Foto: flickr, Grüne NRW, CC BY-SA 2.0)

Am 14. Mai stehen in NRW die Landtagswahlen an. Damit ihr einen Einblick in die Wahlprogramme der verschiedenen Parteien bekommt, stellen wir euch diese in den kommenden Ausgaben vor. Eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen bildet aktuell noch die Landesregierung. Wie sich letztere unter anderem in punkto Bildung, Arbeit und Migration positionieren, was für Überraschungen sorgt und was die Grüne Jugend dazu sagt, lest ihr hier.

Für viele Studierende wohl am wichtigsten ist: Die Grünen wollen von Studiengebühren weiter absehen. Wiebke Stange, Politische Geschäftsführerin der Grünen Jugend NRW, findet: „Die Abschaffung der Studiengebühren hat vielen Studierenden ermöglicht, sich mehr auf ihr Studium zu konzentrieren und gleichzeitig (außer-) universitären Engagements nachzugehen.“ Allerdings wurden die Gebühren erst nach massiven, monatelangen Protesten seitens der Studierendenschaften zum Wintersemester 2011/2012 abgeschafft. Auch trotz neuem Hochschulzukunftsgesetz von 2014, das die allgemeine Anwesenheitspflicht aufhob, leiden Studierende weiterhin unter Prüfungsdruck und Stress. Viele Neuerungen, wie etwa das Teilzeitstudium, sind in der Praxis längst noch nicht überall umsetzbar. Im Bezug auf das Bachelor-Master-System, so Stange, würden sich die Grünen „auf Bundes- und europäischer Ebene im Bologna-Prozess dafür einsetzen, dass die Prüfungsbelastung für Studierende abnimmt.“

Die Grundfinanzierung der Hochschulen soll laut Wahlprogramm allgemein erhöht werden. Man wolle die Bildungseinrichtungen „– wo notwendig – ausbauen und verbessern“. Stange betont, vor allem im Bereich der Digitalisierung müsse eine „breite Investition“ erfolgen. Im Gegenzug möchten die Grünen die bislang oft befristeten staatlichen Drittmittel senken. Das würde mehr Planungssicherheit und weniger prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen

bedeuten. Weiter geht aus dem Wahlprogramm hervor, man wolle vor allem solche Einrichtungen „stärker finanziell unterstützen und ihnen helfen, sich untereinander zu vernetzen“, die sich in Forschung und Lehre mit den Themen „Frieden, internationale Beziehungen und Eine Welt“ auseinandersetzen. Zivilklauseln, also die Verpflichtung zu nicht-militärischer Forschung, sollen an den einzelnen Hochschulen unterstützt werden.

Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Im Bereich der Arbeitspolitik lautet das Ziel der Grünen in NRW: Jede*r soll die Möglichkeit haben, „den eigenen Lebensunterhalt selbst zu verdienen“. Menschen mit Behinderungen soll auch außerhalb der für sie oftmals noch vorgesehenen Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) der Weg in eine inklusive Arbeitswelt ermöglicht werden und das Ziel „der sozialversicherungspflichtigen, tariflich entlohnten und dauerhaften Beschäftigung unterstütz[t]“ werden. Das hier in der Regel nur Menschen mit „leichten“ Behinderungen eine Chance haben, wird nicht thematisiert. Ebenso sollen laut Wahlprogramm Arbeitslose keine Sanktionen und Kürzungen befürchten müssen: „Dieses Risiko macht krank und ist auch eine Motivationsbremse. Sanktionen müssen daher abgeschafft werden, auch weil Kürzungen unterhalb des Existenzminimums unmenschlich sind.“ Wie SPD-Bundeskanzlerkandidat Martin Schulz wollen damit auch die NRW-Grünen in kleinen Teilen an der Agenda 2010 nachbessern – eine Abschaffung der von Grünen und SPD eingeführten sanktionsreichen Agenda, die das Existenzminimum selbst maßgeblich nach unten schraubte, ist aber nicht im Gespräch. Seit Jahren setzt sich bereits der Grünen-Politiker Sven Lehmann gegen Hartz-IV-Sanktionen ein – mit nur mäßigem Erfolg. Die Strafen gibt es immernoch.

Der Trend zur Niedriglohnbeschäftigung und zum Zweitjob, wie in den USA, müsse gestoppt werden, so die Grünen. Dem Problem, dass „immer mehr Menschen nicht mehr von

ihrer Arbeit leben können“, erklärt Stange, müsse man damit antworten, dass „Minijobs (...) in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umgewandelt werden“. Und weiter: „Zudem muss Leiharbeit im Rahmen eines Gesetzes für mehr Entgeltgleichheit entweder streng befristet werden oder die Leiharbeiter*innen von Beginn besser als die Stammbesetzung gestellt werden.“ Auch hier wollen die Grünen also nur nachbessern, das Grundgerüst der Leiharbeit bliebe erhalten und damit auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse darin. Durch eine Ausbildungsplatzabgabe sowie eine Verbundausbildung soll aber gesichert werden, dass mehr Betriebe – auch kleinere – Ausbildungsstellen anbieten könnten.

Für Antidiskriminierung stark machen

Um die Lücken des Gleichbehandlungsgesetzes zu schließen, fordern die Grünen in ihrem Programm ein Landesantidiskriminierungsgesetz. Stange erklärt: „Damit wird auch die europäische Antirassismus-Richtlinie umgesetzt und ein Verbandsklagerecht eingeführt, das heißt, dass nicht nur Betroffene gegen Diskriminierung klagen können, sondern auch Interessensverbände der diskriminierten Gruppen.“ Immer wieder Thema, zuletzt durch ein von Trump aufgehobenes Dekret in den USA, sind auch geschlechterneutrale Sanitäranlagen. Da „nicht nur trans-, auch intergeschlechtliche Menschen durch binäre Toiletten (also Toiletten nur für Frauen oder nur für Männer) dazu gezwungen [werden], sich zu outen“, sondern auch solche, „die sich keinem Geschlecht zuordnen möchten“, wollen sich die Grünen weiter für Unisex-Toiletten einsetzen.

Um in der Gesellschaft mehr Toleranz zu erreichen, soll das Aufklärungsprojekt SchLAu helfen. „Queere Themen [sollen] mehr im Unterricht und Unterrichtsmaterialien zur Sprache gebracht werden. Die Jugendarbeit für queere Jugendliche muss deshalb gestärkt werden, indem in jeder kreisfreien Stadt bzw. jedem Kreis mindestens ein queerer Jugendtreff entsteht“, betont Stange von der Grünen Jugend NRW.

„Der Kohleausstieg beginnt jetzt“

„Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen“, betonen die Grünen in ihrem Programm. Unabdingbar dafür sei der Kohleausstieg. NRW-Umweltminister Johannes Remmel formulierte bereits einen Zeitrahmen: innerhalb der nächsten 20 Jahre.

Man wolle mit allen Betroffenen in einen Dialog treten und „alternative Zukunftsperspektiven“ schaffen. Es wird angegeben, man benötige dafür „einen konkreten Zeitplan, die genaue Bezifferung der Ewigkeitskosten sowie die Gründung einer Stiftung zur Finanzierung der Folge- und Ewigkeitskosten aus dem Braunkohleabbau“. Danach schwebt Grüne-Jugend

Mitglied Stange ein Innovationsstandort NRW vor, das Bundesland sei „ein gute[r] Standort für ein Hinterland-Logistikzentrum für die Überseehäfen von Rotterdam und Antwerpen“.

Aber auch unter einer Regierung mit Grüner Beteiligung wurden etliche Dörfer rund um den Braunkohletagebau erst zu Geisterdörfern und später zu brauner Mondlandschaft – auch wenn im Jahr 2014 überraschend eine Verkleinerung statt Vergrößerung der Tagebaufläche mit der SPD durchgesetzt werden konnte.

Für mehr Integration

Ob an der Hochschule, auf dem Arbeitsmarkt oder allgemein in der Gesellschaft: Damit die Inklusion von Geflüchteten gelingt, muss auch das Land handeln. „Migrant*innen [haben] ein erheblich höheres Risiko, arbeitslos zu sein oder zu einem Niedriglohn zu arbeiten,“ lautet es im Wahlprogramm. Deshalb sei „neben einer guten Unterbringung und finanzieller Unterstützung die Anerkennung ihrer bisherigen Berufsabschlüsse bzw. Studienleistungen wichtig, um in NRW nicht nur anzukommen, sondern ein neues Zuhause zu finden“, erklärt Stange. Ein breites Angebot an kostenlosen Sprachkursen solle zusätzliche Unterstützung bieten.

Integrieren müssen sich geflüchtete Menschen künftig aber dort, wo es ihnen vorgeschrieben wird: Gemeinsam mit der SPD setzten die Grünen gegen Proteste von Geflüchteten die im Integrationsgesetz verankerte bundesweite rückwirkend Wohnsitzauflage um. Außerdem verschärfte die bisherige Landesregierung den Zwang auch noch innerhalb NRWs: Bis 2022 werden Menschen gezwungen, für drei Jahre in einer bestimmten Stadt zu wohnen. Auch eine Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan, die die Grünen strikt ablehnen, konnte die Partei trotz Koalitionsstreit beim Regierungspartner SPD nicht durchsetzen.

Um Fluchtursachen zu bekämpfen, setzen die Grünen auf Rüstungsabbau hin zu einer „zivilen Produktion“, die den Menschen diene und positionieren sich zugleich gegen eine Abschreckungspolitik. Dass auch Abschiebungen eine solche Politik darstellen und auch unter der Grünen in NRW abgeschoben wurde, wird hier allerdings nicht erwähnt. Außerdem wolle die Partei die freiwillige Rückkehr der Geflüchteten in ihre Herkunftsstaaten unterstützen. Wie freiwillig so eine Rückkehr dann tatsächlich ist und ob es sich hierbei eher um eine versteckte Drohung handelt, gilt es zu hinterfragen. Weiter heißt es im Wahlprogramm der Grünen: „Die Inhaftierung von Menschen zur Durchsetzung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen ist ein schwerwiegender Eingriff in die Freiheit von Personen und darf allenfalls in eng umrissenen Ausnahmefällen in Betracht gezogen werden.“ Laut Stange sei aber noch nicht „abschließend definiert“, was genau unter solchen Ausnahmefällen zu verstehen ist. NRW-Innenminister Ralf Jäger hatte erst zuletzt an den Grünen



Die Grünen im Umfragetief und bald auf dem Abstellgleis? (Foto: caro)

vorbei bekannt gegeben, die Kapazitäten der Abschiebehafenanstalt in Büren von 100 auf 140 Plätze zu erhöhen.

Überwachungsstaat – ja oder nein?

In einem kürzlich erschienenen Artikel der *Rheinischen Post* lautet der Vorwurf, die NRW-Grüne rücke nach rechts. Grund hierfür: Die Grünen stimmten einer testweisen Einführung von Bodycams sowie der Anwendung von Fußfesseln bei Gefährder*innen zu. Darüber hinaus sei bereits eine verstärkte Videoüberwachung an kriminellen Brennpunkten vereinbart worden. Bisher waren es aber vor allem die Grünen, die sich in diesen Punkten für Bürger*innenrechte und Privatsphäre einsetzten. Nun fordern sie in ihrem Wahlprogramm zusätzlich, dass mehr Polizist*innen eingestellt werden sollen und sprechen sich gleichzeitig gegen einen Überwachungsstaat aus – wenn auch letzteres im Kontext des Datenschutzes geschieht. Die Grüne Jugend NRW kritisiert die Haltung der Mutterpartei: „Der Einsatz von Bodycams bleibt aus Sicht der Grünen Jugend NRW dennoch ein Eingriff in die Bürger*innen-Rechte und sollte deshalb auch schon vor der Evaluation 2019 kritisch beobachtet werden“, so Stange. Die Nutzung dürfe „nur eingebettet in ein Sicherheitskonzept geschehen und nur bei gleichzeitiger Beobachtung des Gefilmten, um direkt einschreiten zu können“.

Inwieweit im Falle einer Koalition Kompromisse eingegangen werden müssen, sei schlecht vorhersehbar. Für Stange sei aber sicher, dass „ein Rückschritt in Sachen Integration, Klimaschutz, gerechter Bildungspolitik und nachhaltiger Mobilität nicht zu machen ist“. Ob die Mutterpartei das ähnlich sieht, bleibt abzuwarten. In der bisherigen Koalition hatte diese oft das Nachsehen. [caro]

Belauschen!

Feministischer Poetry-Slam



Nur Frauen, Lesben, Trans* und Inter* stehen am kommenden Freitag auf der Bühne, um ihre* Texte und Geschichten zum Besten zu geben. Die herrschtskritische Bande des Ruhrgebiets, Glitzer & Krawall, lädt zusammen mit der queerfeministischen Gruppe Dortmund Lila Lautstark ein. Willkommen im Publikum sind Personen aller Geschlechter.

↗ **Freitag, 3. März, 19 Uhr, Black Pigeon, Scharnhorststr. 50, Dortmund**

Bilden!

Über Rassismus sprechen

Nicht erst seit verganginem Silvester in Köln steht die Polizei wegen Racial Profiling in der Kritik. Rassismus in gesellschaftlichen Institutionen ist weiter verbreitet als angenommen. Auf einer Podiumsdiskussion sprechen Betroffene über die Voraussetzung für Kritik und Ansatzpunkte zur Überwindung von strukturellem Rassismus. Veranstalter ist das Kölner Forum Tribunal ,NSU-Komplex auflösen‘.

↗ **Sonntag, 5. März, 15 - 18 Uhr, VHS Forum am Neumarkt, Köln, Eintritt frei**

Ballern!

Feiern gegen Repressionen

Am 1. Mai 2016 marschierte die NPD in Bochum auf, viele Antifaschist*innen traten dem in Form von Demonstrationen oder Blockadeaktionen entgegen. Die Polizei reagierte auf die Aktionen mit einem riesigen Polizeikessel, Ingewahrsamnahmen und weiteren polizeilichen Maßnahmen. Die Rote Hilfe initiierte daraufhin eine Anti-Repressions-Kampagne. Das Küstler*innen Kollektiv Puking Unicorn schmeißt dafür eine Soli-Party auf zwei Floors.

↗ **Samstag, 11. März, 18 Uhr, AZ Mühlheim, Auerstr. 51, Mühlheim an der Ruhr**

Nextbike: 125.000 Euro Kosten für den AStA

Seit dem Sommersemester 2016 können Studierende der Universität Duisburg-Essen eine Stunde kostenlos durchs Ruhrgebiet und Düsseldorf radeln – und das unbegrenzt oft. Möglich macht das die Kooperation mit dem Fahrradverleih Nextbike. Nun, wo die Pilotphase ausläuft, muss der AStA 125.000 Euro pro Haushaltsjahr für die Fahrradstationen löhnen.

1,50 Euro pro Semester pro Studierenden – diesen pauschalen Satz muss der AStA laut geschlossenem Vertrag nun für die Kooperation mit Nextbike zahlen. Im Betrag inbegriffen sind aber nicht nur die Kosten für die Nutzungsrechte der Räder, sondern auch ein Ausbau des Angebots. „Im Vertrag mit Nextbike sind uns weitere Stationen zugesichert, welche zeitnah errichtet werden,“ sagt Sven Benentreu von der Liberalen Hochschulgruppe (LHG), Referent für Ökologie, Mobilität und Gesundheit. „Diese werden den Campus besser vernetzen und Studierenden die Möglichkeit geben, sich flexibler in der Uni und der Stadt zu bewegen.“ Wo genau die neuen Ausleihstationen errichtet werden, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestätigt werden.

Deutliche Mehrkosten für den AStA

Geplant ist eine Finanzierung aus nicht zweckgebundenen Mitteln, wie Finanzreferent Johannes Bode (LHG) erklärt, also aus Geldern, die keinem bestimmten Verwendungszweck unterliegen. „Hierzu zählen etwa die 13 Euro, welche der AStA pro Semester pro Student zur Erfüllung seiner Aufgaben gegenüber der Studierendenschaft erhält“, so Bode. „Wir haben ungefähr knapp eine Million Euro pro Haushaltsjahr an nicht zweckgebundenen Einnahmen, wovon nun bereits mehr als ein Zehntel fest eingeplant sind im Hinblick auf die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen für die nächsten drei Jahre gegenüber Nextbike,“ führt er aus. Es seien deutliche Mehrkosten, die den finanziellen Handlungsspielraum der Studierendenvertretung beeinflussen würden.

Eigentlich waren die Studierenden der Universität Duisburg-Essen dazu aufgerufen worden, in einer Urabstimmung direkt über eine Weiterführung der Kooperation mit Nextbike zu entscheiden. Das nordrhein-westfälische Hochschulgesetz schreibt dabei ein Quorum von 20 Prozent aller an der Hochschule eingeschriebenen Studierenden vor, damit eine Urabstimmung gültig ist. Da diese Grenze mit 8,47 Prozent aber bei weitem nicht erreicht wurde, lag es beim Studierendenparlament, eine Entscheidung zu treffen.

Die Unabhängigen Demokraten (UD) sowie die LHG und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) lehnten auf der Sitzung vom 8. Dezember größtenteils ab, das Projekt fortzuführen. Ihr Hauptargument: Die Nutzungszahlen würden die hohe Investitionssumme nicht rechtfertigen (aktuell berichtete). Nach Angaben des Ökologie-Referats würden 2.570 Studierende das Angebot wahrnehmen (Stand Januar 2017). „In

Anbetracht der Tatsache, dass wir gerade erst die Testphase abschließen und der Winter nicht die fahrradfreundlichste Jahreszeit ist, halten wir die Zahl für einen respektablen Anfang“, wendet Benentreu (LHG) ein. Künftig werde mit verschiedenen Werbeaktionen versucht, ein breiteres Publikum zu erreichen. Eine Allianz aus Linker Liste (LiLi), Grüner Hochschulgruppe (GHG), Jusos, der Internationalen Liste (IL), den Antihelden sowie einem Parlamentarier des RCDS stimmte hingegen für die Kooperation mit Nextbike.

„Alter AStA hat sich keine Gedanken über Finanzierung gemacht“

Zwar wurde auf der Sitzung die weitere Kooperation mit dem Fahrradverleih beschlossen, nicht aber deren Finanzierung. Darüber sollte in einer folgenden Sitzung debattiert werden – also auch unter der Amtsausführung eines neuen AStAs. „Leider hat sich der alte AStA jedoch keine Gedanken über die finanziellen Folgen dieses Vertragsabschlusses gemacht und hat aus meiner Sicht auch nicht die Mitglieder des StuPas hinreichend darüber informiert,“ kritisiert der neue Finanzreferent Bode. Er weist auch darauf hin, dass er bereits vor dem Beschluss diesbezüglich Fragen an den ehemaligen Finanzreferenten Markus Uhle (LiLi) stellte.

Die ehemaligen AStA-tragenden Listen, unter denen der Vertragsabschluss mit Nextbike getroffen wurde, hätten die Kooperation mit den Rücklagen finanziert. Mittlerweile hat die Studierendenvertretung zirka zwei Millionen Euro auf der hohen Kante. „Da wir nicht vor hatten und haben, den Semesterbeitrag zu erhöhen, hätten wir vermutlich eine Finanzierung durch Zurückgreifen auf die Rücklagen durchgeführt“, heißt es von Seiten der Jusos. „Aufgrund der Höhe der Rücklagen sowie der unklaren monetären und zeitlichen Dimension der baulichen Maßnahmen, zum Beispiel bei einer möglichen Sanierung des KKCs sowie der Studierendenvertretung im Duisburger LF-Gebäude, befürworten wir den Semesterbeitrag nicht zu erhöhen, sondern auf die vorhandenen Finanzmittel zurückzugreifen“, sagt Marcus Lamprecht (GHG), der Zuspriecher von seinem ehemaligen Koalitionspartner LiLi erhält.

Mehr Kosten: Zivilprozess gegen Skandal-AStA

„Man sollte auch bedenken, dass etwas weniger als ein weiteres Zehntel der nicht zweckgebundenen Einnahmen höchstwahrscheinlich für den vom StuPa beschlossenen zivilrechtlichen Rechtsstreit gegenüber den ehemaligen AS-

tA-Vorsitzenden aufgewendet werden muss“, schildert Bode weitere Kosten. Wobei hier ergänzt werden muss, dass sich der Rechtsstreit möglicherweise auch auf weitere ehemalige AStA-Vertreter*innen ausweiten könnte. Denn auf der Studierendenparlamentssitzung vom 8. Dezember vergangenen Jahres bestätigten die Parlamentarier*innen mehrheitlich, zivilrechtliche Schritte gegen die Vorgänger-Studierendenvertretung einzuleiten.

Das Essener Landgericht sprach die wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder Angeklagten am 9. November 2016 frei. In der Anklageschrift hieß es noch, dass sie der Studierendenschaft ei-



Im Dezember stimmte das Studierendenparlament zu, weiter mit Nextbike zu kooperieren. (Foto: fro)

nen Schaden in Höhe von 519.000 Euro hinterlassen hätten (aktuell berichtete). Der ehemalige AStA-Vorsitzende Lamprecht (GHG) äußerte auf der StuPa-Sitzung eine klare Haltung: „Es ist kein Freispruch, ein verdammt beschissener AStA gewesen zu sein“, weshalb man das Geld der Studierendenschaft zurück holen müsse. [fro]

So funktioniert's

Bevor ihr mit dem Rad durchs Ruhrgebiet fahren könnt, müsst ihr euch auf der Internetseite von Metropolrad Ruhr, der dazugehörigen App oder direkt an den Stationsterminals registrieren. Dabei ist es wichtig, dass ihr als Partner die Universität Duisburg-Essen und eure Uni-Mail-Adresse angebt. Anschließend könnt ihr via App, Hotline oder am Terminal bis zu vier Fahrräder ausleihen und eine Stunde lang kostenlos radeln. Nachdem ihr das Fahrradkennzeichen angegeben habt, bekommt ihr einen Code, mit dem ihr das Schloss öffnen könnt. Jede weitere halbe Stunde kostet dann 50 Cent – oder ihr steigt auf ein anderes Rad und nutzt es eine weitere Stunde kostenfrei. Wenn ihr am Ziel angekommen seid, schließt ihr das Rad an einer anderen Metropolrad-Station ab und bestätigt die Rückgabe.

Schalke auf dem Prüfstand



Stein des Anstoßes: Eine mazedonische Flagge sorgte 2013 dafür, dass die Polizei die Schalcker Nordkurve stürmte. Diesmal blieb es ruhig. (Foto: dav)

FC Schalke 04 gegen Paok Saloniki – das gab es doch schon mal oder? Damals, im August 2013, hatte es ordentlich geknallt in der Arena auf Schalke. Die Fahne eines mazedonischen Vereins, mit dem Gelsenkirchener Fangruppen befreundet sind, löste einen Eklat bei den Paok-Anhänger*innen aus. Die Polizei stürmte daraufhin die Nordkurve mit Pfefferspray und Schlagstöcken. Am vergangenen Mittwoch, den 22. Februar, kam es erneut zu einem Aufeinandertreffen der beiden Vereine. Ein Hochsicherheitsspiel mit immensem Polizeiaufgebot, diesmal ohne eine Eskalation im Stadion.

Rückblick: Im August 2013 trafen die beiden Mannschaften aus Gelsenkirchen und Thessaloniki bereits in einem Champions-League-Qualifikationsspiel aufeinander. Damals setzte sich Schalke nach einem 1:1 zu Hause in Griechenland mit 2:3 durch. Doch vielen Fußballfans dürfte das Spiel in Gelsenkirchen vor allem aufgrund des massiven Polizeieinsatzes in der Nordkurve in Erinnerung geblieben sein. Grund dafür war die Fahne des mazedonischen Vereins FK Vardar Skopje, mit dem Schalcker Fangruppen eine Fanfreundschaft pflegen. Wie bei solchen Freundschaften üblich, besuchen Fans von Skopje Spiele vom FC Schalke und andersherum.

Derweil streiten die Nationen Griechenland und Mazedonien schon seit der Gründung der Republik Mazedoniens nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens wegen Gebietsansprüchen. Dabei geht es vor allem um die Region Makedonien, die zum Teil im heutigen Mazedonien liegt. Hauptstadt der Region ist das griechische Thessaloniki. Die Präsentation der mazedonischen Fahne in Kombination mit einer geklauten Zaunfahne von Paok Saloniki Anhänger*innen, ein in der fußballerischen Ultra-Szene durchaus beliebtes Mittel der Provokation, sorgte damals

dafür, dass die Paok-Fans mit dem Sturm des Platzes und des Schalcker Fanbereichs drohten. Als Reaktion darauf forderte die Polizei die Ultras auf, die Fahne abzuhängen. Nachdem sich die Gruppierung weigerte, stürmte die Polizei in einem bis dato einzigartigen Vorgang die Nordkurve mit Pfefferspray und Schlagstöcken. Die Bilanz: 89 Verletzte. Während die Aktion von vielen Schalke-Anhänger*innen kritisiert wurde, stellte sich die Vereinsführung hinter die Polizei.

Provokationen über Provokationen

Und auch das Hinspiel des Europa-League Sechzehntel-Finals in Griechenland am 16. Februar 2017 sorgte für weitere Spannungen zwischen den beiden Fanlagern. So beklagen mehrere Fangruppen und die Initiative Schalke hilft, dass Fans mit mazedonischem Ausweis der Zutritt ins Stadion von Paok verboten werden sollte. Die Ultras Gelsenkirchen werfen den griechischen Verantwortlichen in einer Stellungnahme Rassismus vor. Außerdem sei den Fans beim Eintritt ins Stadion sämtliches Münzgeld von den Ordner*innen abgenommen worden und nur ein Teil wieder zurück an Schalke hilft gegangen. Im Stadion provozierten griechische Fans mit einem „Macedonia is one and only and it's here“-Banner. Neben dem nationalistischen Spruchband wurde auch ein „Fucking Nazis get out of here“-Plakat gezeigt, auf welchem Merkel mit Hitlerbart abgebildet war. Außerhalb des Stadions kam es zuvor ebenfalls zu Auseinandersetzungen. So sollen Schalke-Anhänger*innen ein Café in der Innenstadt zerstört und Paok-Fans Gäste aus Schalke mit Fackeln und Gürteln attackiert haben.

Reichlich Spannungen also, weswegen bereits im Vorfeld ein großes Polizeiaufgebot angekündigt wurde. Das war auch der Grund für den ungewöhnlichen Mittwochs-Spieltermin. So hatten Polizei und Verein entschieden, das

Spiel vom Donnerstag, an dem klassischerweise Europa League-Spiele stattfinden, aufgrund von Weiberfastnacht vorzulegen. Die massive Polizeipräsenz wurde schon am Gelsenkirchener Hauptbahnhof deutlich. Um zu verhindern, dass beide Fanlager aufeinandertreffen, wurden Fußballfans nach Verlassen des Bahnhofs nicht mehr zurückgelassen. Entgegen der Ankündigung befanden sich beim Einlass in die Fanblöcke jedoch keine Polizist*innen. Der Leitende Polizeidirektor, Klaus Noske, sieht dabei das Einsatzkonzept der Polizei Gelsenkirchen als erfolgreich: „Eine Trennung gewaltbereiter Fans im Vorfeld und Nachgang des Spiels konnte durch uns gewährleistet werden. Unsere präventiven Maßnahmen haben zu einem friedlichen Fußballabend beigetragen.“

Fans kritisieren Verein

Der Gelsenkirchener Verein appellierte an seine Anhänger*innen, auf Provokationen während des Spiels zu verzichten. So heißt es in einem Statement des Vorstands des Clubs: „Das hat mit Toleranz zu tun und mit Respekt - auf beiden Seiten! Als „Jetzt erst recht“-Aktion und Retourkutsche mit Fahnen zu provozieren, egal für wie legitim sie auch gehalten werden, wäre für uns als Verein ebenso wenig nachvollziehbar wie Gewalt oder Provokation seitens der Gäste.“ Demnach sollte auch beim Einlass darauf geachtet werden, dass Besucher*innen des Spiels keine rote Kleidung trugen. Bei den Fans sorgte die Stellungnahme für reichlich Unmut. So kritisieren die Ultras Gelsenkirchen: „Die Verantwortlichen unseres Vereins haben auch drei Jahre nach dem Polizeieinsatz in der Nordkurve anscheinend nichts dazu gelernt und ein weiteres Mal eine große Chance vertan, seinen Fans Rückgrat zu beweisen. Dieses öffentliche Verhalten ist für jeden verletzten und betroffenen Schalcker der Ereignisse von 2013 ein Schlag ins Gesicht. Wir hoffen, dass sich trotz dieser unfassbaren Vorgehensweise kein Schalcker am morgigen Tag in seiner Meinungsfreiheit einschränken lässt.“ Somit war es wenig verwunderlich, dass während des Spiels eine Vielzahl mazedonischer Fahnen im Schalcker Block hochgehalten wurden. Ein erneuter Blocksturm blieb allerdings aus.

Das Spiel selbst war dann nicht annähernd so aufregend wie die Vorfälle im Vorfeld der Partie. Die Teams trennten sich mit einem wenig spannenden 1:1. Nachdem Alessandro Schöpf die Schalke in der 23. Minute in Führung gebracht hatte, folgte nur zwei Minuten später der Ausgleich durch ein Eigentor von Matija Nastasic. Für Paok ist die Europa-League damit nach der 0:3 Heimmiederlage beendet. Der Club bleibt damit jedoch weiter ungeschlagen in der Schalcker Arena. Und die griechischen Fans bleiben diesmal mit einem der lautesten Auswärtssupporte überhaupt in der Arena in Erinnerung. [dav]

Karneval ist kein Freibrief

Endlich ist dieser ganze Mist vorbei. Jedes Jahr aufs Neue sehnen sich Nicht-Karnevalist*innen den Aschermittwoch herbei. Neben Erbrochenem auf den Straßen, betrogenen Partner*innen und verlorenen Geldbörsen bleibt dieses Jahr aber noch was vom Karneval hängen: Rassistische Kostüme.

Im Vorfeld der sogenannten fünften Jahreszeit erregte eine Plakatkampagne vom Forum gegen Rassismus und Diskriminierung, dem Antidiskriminierungsverband Deutschland, der Amadeu-Antonio-Stiftung und der Bundestagsfraktion der Linken bei den Jeck*innen Aufsehen. Unter dem Titel *Ich bin kein Kostüm* möchten die Initiator*innen die Menschen sensibilisieren. Auf einem Plakat etwa hält ein Junge ein Foto eines als mutmaßlichen Terroristen verkleide-



Zwischen bierseeligen und verkleideten Karnevalsgänger*innen sieht man auch immer wieder unpassende Kostüme. (Foto: mac)

ten Mannes in der Hand.

Ok, so viel Menschenverstand sollte man besitzen, dass in der heutigen Zeit solch ein Kostüm an Geschmacklosigkeit kaum zu über-treffen ist. Die Kampagne stieß im Internet aber auf wenig Verständnis. Allen voran die Blogs und Foren der Traditionalist*innen und Superdeutschen. Dort ist zu lesen, dass man „uns die Kultur wegnimmt“ und „die Zahl der amerikanischen Ureinwohner in Deutschland“ (bezogen auf mutmaßliche „Indianer*innen-Kostüme“) sich in Grenzen halte. Selbst wenn dem so sein sollte, gibt es auch Menschen, die unter derart vorurteilsbelasteten Kostümierungen leiden. Ein weiteres Beispiel: Die wenigsten Menschen

unter uns können sich vorstellen, im falschen Körper geboren zu sein, die Rede ist von Trans*-menschen. Die Betroffenen leiden jahrelang unter ständigem gesellschaftlichen Druck, bis heute erleiden sie Repressionen und Ausgrenzung. Und dennoch finden sich jedes Jahr einige unbedarfte Karnevalisten und Karnevalistinnen, für die es scheinbar ein Heidenspaß ist, mal für einen Tag das Geschlecht zu wechseln.

Gut gemeint, schlecht gemacht

Über Alltagsrassismus und Diskriminierung aufzuklären, ist ja nichts Verwerfliches. Das allerdings im Karneval zu tun schon. So ist zumindest der Eindruck nach der Plakataktion. Lange galt der Karneval als Symbol des „aufmüpfigen Bürger*innentums“. Man wollte den Machthaber*innen, also „denen da oben“, mal die lange Nase zeigen und aufbegehren. Was den heutigen Karneval in der Bevölkerung ausmacht, ist allgemein bekannt. Alkohol spielt bei den meisten eine große Rolle. Mal so richtig „die Sau raus lassen“ und alle gesellschaftlichen Normen beiseite lassen. Und alle müssen mitmachen. Wer es nicht tut, ist spießig und langweilig.

Daher verwundert es auch nicht, dass die Plakataktion auf so wenig Verständnis unter den Karnevalist*innen trifft. Denn der Grat zwischen Aufklärung und Bevormundung scheint schmal. Den meisten Menschen kann man doch durchaus zutrauen, dass sie zwischen Kostüm und Individuum unterscheiden können. So haben beide Seiten etwas davon. Die einen haben die Aufmerksamkeit, die sie wollten, die anderen können sich mal wieder über etwas genüsslich das Maul zerreißen. Dann bis zum 11. November um 11:11 Uhr dieses Jahres, wenn der Wahnsinn Karneval wieder von vorne losgeht. Dass sich bis dahin ein besseres Gespür für angemessene Verkleidungen einstellen wird, bleibt zu bezweifeln. Und so wird vermutlich noch eine Menge Kölsch den Rhein herunterfließen, bis Kostüme von Geschlechtern, Ethnien oder Minderheiten von den Zügen verschwinden. **[mehu]**

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Maren Wenzel (mac), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huisman (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de

HIRNAKROBATIK

6				9		
	8			4	3	2
3		4		2		
		9		7	2	1
7			8	4		5
	4		3	1	7	
			6		8	2
	7	5		8		4
			4			1

Bilder Geschichten

